—* **Der sächsische Eisenbahner-Verband**, Sitz Dresden, hat auf einer am Sonntag stattgefundenen Konferenz beschlossen, mit Rücksicht auf die den Reichsbeamten im Ausblick gestellte einmalige Beschaffungszulage und in Anbetracht dessen, daß die Löhne der Bauhandwerker und Angestellten wie auch verschiedener Industriezweige die Löhne und Gehälter der Eisenbahner weit überholt haben, bei den zuständigen sächsischen Stellen zu beantragen, daß allen mittleren und unteren Eisenbahnbeamten, -Gehilfen und -Arbeitern eine einmalige Beschaffungszulage in gleicher Höhe wie den Reichsbeamten gewährt wird.

—* **Einigung im sächsischen Mühlengewerbe.** Der Schlichtungsausschuß hatte sich, weil der von ihm gefällte Schiedsspruch von beiden Teilen nicht anerkannt worden war, an die Reichsstelle und das Arbeitsministerium gewandt. Nunmehr ist es zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer Einigung gekommen. Somit besteht also keine Gefahr eines Ausstandes der Mühlenarbeiter und eines Sympathiestreiks im Bäckergewerbe.

— **Der neue Eisenbahntarif.** Die ab 1. Oktober geltenden Fahrpreise werden im Fernverkehr, wie gemeldet, eine Erhöhung um 50 Prozent erfahren. Das bedeutet, daß dann ziemlich genau folgende Sätze für den Kilometer berechnet werden: 4,5 Pf. in der 4. Klasse, 7,35 in der 3. Klasse, 12 in der 2. Klasse und 27 in der 1. Klasse, die praktisch für den Reiseverkehr kaum in Frage kommt. Die außerordentliche Höhe der künftigen Fahrpreise zeigt sich durch Gegenüberstellung des bis zum 31. März 1917 geltenden Normaltarifs von 2 Pf., 3 Pf., 4,5 und 7 Pf. für die 4. bis 1. Klasse. Nach den drei seitdem erfolgten Fahrpreis-Erhöhungen werden die Preise um 125 Prozent bis 260 Prozent in den drei im Reiseverkehr benutzten Klassen erhöht. In der 4. Klasse wird man vom 1. Oktober an die früheren Fahrpreise der 2. Klasse, in der 3. Klasse die der 1. Klasse und in der 2. Klasse die der früheren 1. und 2. Klasse zusammen zahlen. Auch die Schnellzugzuschläge (früher 1 und ½ Mark, jetzt 3 und 6 Mark für Reisen über 150 Kilometer) werden voraussichtlich entsprechend erhöht werden. Dazu tritt die Verteuerung der Gepäckfrachtsätze.

—* **Zur Erhöhung der Selbstversorgerration.** Wie das Reichsernährungsministerium mitteilt, ist die kürzlich gemeldete Erhöhung der Selbstversorgerration von Getreide in erster Linie erfolgt in Rücksicht auf die Schwere der Landarbeit in der Erntezeit und auf die Naturallieferung der den Landarbeitern zustehenden Deputate. Es muß daher berücksichtigt werden, daß die Selbstversorger keinen Anteil an den zur Ausgabe gebrachten ausländischen Mehlverteilungen haben. Sie standen infolgedessen bisher in ihrer Brot- und Mehlversorgung gegenüber der versorgungsberechtigten Bevölkerung zurück. In Anbetracht der schweren Erntearbeit war dies unbillig. Die Erhöhung der Selbstversorgerration ist sonach berechtigt, kann aber außerdem im wesentlichen wieder zugunsten der Versorgungsberechtigten ausgeglichen werden, wenn, wie zu hoffen ist, die Ausmahlung herabgesetzt und damit die Mehlausbeute verringert wird.

—* **Die Empfänger von Militär-Renten-** und Hinterbliebenenbezügen, Unfall- und Invalidenrenten usw. werden auf die Notwendigkeit hingewiesen, ihre Bezüge bei den Postanstalten pünktlich an den festgesetzten Tagen abzuheben und zwar die Militär-Renten- und Militär-Hinterbliebenenbezüge am 30. August, die Unfall- und Invalidenrenten usw. am 1. September. Empfänger, die hierzu ausnahmsweise nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, ihre Bezüge wenigstens noch in der ersten Hälfte des Fälligkeitsmonats abzuheben.

—* **Freie Lieferungsverträge für Kohlrüben.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst gibt bekannt: Der Abschluß von Lieferungsverträgen über diesjährige Kohlrüben (Steckrüben, Wrucken, Bodenkohlrabi, Erdkohlraben, Unterkohlraben) wird dem freien Verkehr überlassen. Amtliche Vertragsmuster werden nicht aufgestellt, Vertragspreise oder Höchstpreise nicht festgesetzt. Eine Genehmigung von Kohlrübenverträgen durch die Reichsstelle kommt nicht in Frage.

Ostrau i. S. Nach langer durch den Krieg hervorgerufener Pause werden hier wieder die früher in den Kreisen der Bevölkerung, auch der dazu gehörigen Ortschaften, so beliebten Gerichtstage mit Genehmigung des Justizministeriums eingeführt. Der erste Gerichtstag findet Dienstag, den 9. September 1919 wie früher im Sitzungszimmer des hiesigen Gemeindeamts statt.

)(**Rosen.** Sonntag abend in der 10. Stunde brach beim Gutsbesitzer Jäpel in Tittmannsdorf Feuer aus, dem die Scheune mit der zum Teil eingebrachten Ernte sowie zwei Seitengebäude zum Opfer fielen. Trotz heftigen Windes gelang es, das Wohnhaus zu retten.

* **Dresden.** Wie die „Dresdner Volkszeitung" zuverlässig erfährt, hat Präsident Ebert seinen Besuch in Dresden für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Bautzen. Die Errichtung von Einwohnerwehren stößt in vielen Orten der Oberlausitz, namentlich in Dörfern mit Industriebevölkerung, trotz eindringlicher wiederholter Vorstellungen des Ministeriums noch immer auf Schwierigkeiten, indem die Gemeinderäte die Errichtung der Wehren ablehnen. In vielen Orten werden daher Einwohnerwehren auf private Weise ins Leben gerufen, zum Beispiel sind in manchen Orten die Landwirte zur Gründung von Einwohnerwehren geschritten. — Der Kirchturm abgebrannt ist in dem an der preußischen Grenze gelegenen Dorfe Kroppen. Durch Funkflug der Dreschmaschine geriet das Kittlersche Anwesen in Brand, wobei das Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude eingeäschert wurden. Dabei griffen die Flammen an den Kirchturm über.

)(**Chemnitz.** Von einem in der Brauerei an der Hoonstraße aufgestellten Geschütz löste sich gestern früh ein scharfer Schuß, durch den ein Zivilist und zwei Soldaten getötet wurden. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

)(**Treuen.** Wie nunmehr festgestellt ist, hat der Mörder Hübner, der gestern vormittag tot unter den Trümmern seines Hauses gefunden wurde, bevor er die Waffe gegen sich selbst richtete, auch seine Ehefrau und sein fünfjähriges Kind erschossen.

Leipzig. Während der mehrwöchigen Abwesenheit einer Bewohnerin in der Lessingstraße haben Einbrecher die Wohnung ausgeraubt. Der Schaden der schwer Betroffenen beläuft sich auf rund 10 000 Mark.

)(**Leipzig.** Nach einem hier eingetroffenen Telegramm ist die von den Deutschen Flugzeugwerken erbaute Luftlimousine am Freitag abend wohlbehalten in Amsterdam gelandet. Das schmucke kleine Flugzeug hat sowohl unter der Bevölkerung wie unter den Besuchern der internationalen Flugzeugausstellung, die im übrigen gerade von England, welches die deutsche Beteiligung an der Ausstellung vereitelt hatte, nur mäßig besucht ist, beträchtliches Aufsehen hervorgerufen.

* **Leipzig.** Im Leipziger Kellnerstreik ist noch keine Einigung erzielt worden. Es ist vielmehr eine Verschärfung der Lage eingetreten. Nachdem vor dem Demobilmachungskommissar eine vorläufige Einigung erzielt worden war, erklärten die Gastwirte plötzlich, sie würden den Schiedsspruch nicht mehr anerkennen, sondern würden gegebenenfalls ihre Betriebe auch während der Messe geschlossen halten.

* * *

Weißenfels. Zwei in Schkölen sich aufhaltende Dresdner Damen, Frau Minna Poppe nebst Tochter Grida, erkrankten nach dem Genusse von Bilzen. Während die Mutter infolge Pilzvergiftung starb, liegt die Tochter schwer krank darnieder.

Im Geiste der Völkerversöhnung.

Die Sächsische Demokratische Korrespondenz bringt folgende Ausführungen:

Der evangelische Theologe Kirchenrat D. Kaper hält es für angebracht, in den Dresdner Nachrichten zugunsten der Revanchepostel Mumm und Traub eine Lanze zu brechen, die am 31. Juli in der Nationalversammlung gegen die Aufnahme der obengenannten Worte unter die Volksschulziele gestimmt hatten. Er glaubt, Jesus selbst für den Geist der Schwertpolitik in Anspruch nehmen zu können, und appelliert dafür an die „wissenschaftlich durchgebildeten Theologen". Wir sagen demgegenüber: Eine Theologie, die sich bis zu solcher Erkenntnis durchgebildet hat, verdient, daß sich die Völker mit Entsetzen von ihr abwenden. Wir haben lange nicht eine so oberflächliche Beweisführung gelesen wie die des Herrn D. Kaper für seine Behauptung, daß Jesus gegen den Gedanken der Völkerversöhnung Verwahrung eingelegt haben würde! Er spricht davon, daß Jesus selbst im Kampfe gestanden habe gegen die „revolutionären Pharisäer", und scheint nicht zu empfinden, wie sehr er damit sich selbst ins Unrecht setzt. Denn eben die Pharisäer waren die Chauvinisten, gleichsam die Alldeutschen ihrer Zeit, die in den Mumm, Traub und Kaper wieder auferstanden sind! Und wenn Herr D. Kaper gegen die Vermischung von Religion und Politik protestiert, so mag er das vor allem sich selbst ins Stammbuch schreiben, der Jesus, den guten Hirten, für die Revanchepolitik der Alldeutschen einspannen möchte.

Herr D. Kaper weiß natürlich genau, wie stark das ganze Evangelium, von der Bergpredigt bis zu Johannes, den Geist der Rachsucht und der Gewalt verabscheut, der die Diplomatie der letzten Jahrzehnte zu unser aller Unheil beherrscht hat, auch die der Mittelmächte. Er weiß genau, wie dem urbiblischen Gedanken vom ewigen Frieden in dem deutschesten Philosophen Kant ein ebenso geistvoller, wie begeisterter Verfechter erstanden ist. Aber er verbrennt die alten Ideale, weil auch er dem neudeutschen Ideale vom allmächtigen Schwert anheimgefallen ist.

Wir halten die Kraft der Idee noch immer für stärker als die Kraft des Schwertes. Der Krieg hat uns recht gegeben. Darum soll hinfort in unseren Schulen nicht der Geist der Revanche, diese französische Mißgeburt, maßgebend sein, sondern der Geist der Völkerversöhnung. Wir erhalten unsrer Schulerziehung damit ein Stück Christentum. Wir schreiben den Völkerbundsgedanken auf unsere Fahne: nicht den Völkerbund von Versailles, der in Wahrheit eine Völkervergewaltigung und der Spott der Neutralen ist, sondern den Völkerbund des Rechts, in dessen Erstrebung und Verteidigung wir das erste Volk der Erde sein und bleiben wollen.

Oberpfarrer Ende, Lichtenstein.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 26. August 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

)(**Berlin.** Einem Berichterstatter des „Lokalanzeigers" erklärte Kapitän Starke, Chef der amerikanischen Lebensmittelkommission und Mitglied der alliierten Bergbaukommission in Oberschlesien, die weitverbreitete Ansicht, Amerika wolle sich in Oberschlesien festsetzen und die Kohlenfelder aufkaufen, sei reiner Unsinn. Er habe zwanzig Waggons Stärkungsmittel für Kinder und leidende Frauen zur Hand. Die deutsche Regierung steure hierzu ¼ des Einkaufspreises bei. Die Unterernährung der Kinder sei zum Teil erschreckend. — Laut „Lokalanzeiger" gelingt es Hetzern in Pommern immer wieder, Landarbeiter zum Streik zu veranlassen. Jetzt sind die Landarbeiter der Güter Juchow, Tarmen und Lottin in den Ausstand getreten. Sie verhindern sogar Bauern an der Arbeit, die ihre Hilfe anbieten. — Nach dem „Lokalanzeiger" war die Mehrheit der Redner in der gestrigen Sitzung der Arbeiterräte, Funktionäre und Betriebsräte der U. S. P. D. und K. P. D., die zu der Aufhebung des unabhängigen Vollzugsrates Stellung nahm, für sofortigen Streik, während die Redner der U. S. P. D. meinten, der gegenwärtige Zeitpunkt sei dazu nicht geeignet, da die Provinz nicht mitmachen würde. — Der Antrag der Kommunisten, geschlossen in den Generalstreik einzutreten, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag des Vollzugsrats, in einen Proteststreik einzutreten. Ein Antrag, der ein Ultimatum an die Regierung fordert, fand das gleiche Schicksal. Dagegen wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen: „Die Berliner Arbeiterräte und Betriebsräte erkennen die Provokation der Regierung Ebert-Noske-Schlicke, dieser Helfershelfer der kapitalistischen und militaristischen Gegenrevolution; sie wollen jetzt durch ihre Provokation das Proletariat zum Kampfe reizen. Die Berliner Arbeiterschaft nimmt den Kampf mit der kapitalistischen und militaristischen Gegenrevolution auf. Sie läßt sich aber diesen Kampf nicht aufzwingen, sondern nimmt ihn auf, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen ist; sie ist entschlossen, alle revolutionären Kräfte zu sammeln nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiche. Heute schon erklärt die Versammlung, daß diese Maßnahme der kapitalistischen Regierung die Arbeitsfreude noch weiter lähmen und dadurch das Wirtschaftsleben noch weiter erschüttern wird. Diese Folgen fallen der Regierung Ebert-Noske zur Last." Ebenso ein Antrag, daß die U.-S.-P.-D.-Vertreter aus den Parlamenten und Körperschaften auszutreten hätten. — Nach dem „Tageblatt" finden seit einigen Tagen neue französische Truppenverstärkungen in der Rheinpfalz in bedeutendem Umfange statt. Die meisten Garnisonen wurden erheblich verstärkt und überdies solche in 16 Ortschaften des Bezirkes Speyer untergebracht, in denen bisher keine Truppen lagen. — Laut „Vossischer Zeitung" wird jetzt, nachdem die Beratungen eines großen Sachverständigenkreises im Reichsfinanzministerium die einhellige Ablehnung der bisherigen Notenumtauschpläne ergeben haben, die Bildung einer kleinen Kommission aus den Sachverständigenkreisen, insbesondere der Bankfachleute, vorbereitet, die über etwaige weitere radikale Maßnahmen gegen die Kapitalflucht beraten soll.

Die Uebergabe der bayerischen Militärverwaltung an das Reich.

)(**München.** In Anwesenheit des Präsidenten Ebert und des Wehrministers Noske fand am Montag vormittag 10 Uhr im Festsaale des bayerischen Militärministeriums die Uebergabe der bayerischen Militärverwaltung an die deutsche Republik statt. Minister Schneppenhorst verabschiedete sich mit Worten warmen Dankes von den Herren des Ministeriums. Der Reichspräsident und der Reichswehrminister sprachen der bayerischen Armee ihren Dank aus für die von ihr geleisteten ruhmvollen Taten. Ebenso fanden sie Worte der Anerkennung und des Dankes für den scheidenden Militärminister. Noske gab der Hoffnung Ausdruck, daß die nord- und süddeutschen Teile der Reichswehr in brüderlicher Kameradschaft zum Wohle des Vaterlandes zusammenarbeiten würden. Im Namen der bisherigen bayerischen Armee versprach der Landeskommandant treue Diensterfüllung. Im Hof der Marsfeldkaserne ging sodann um 11 Uhr die feierliche Uebernahme der bayerischen Reichswehr vor sich. Außer dem Präsidenten der Republik und dem Reichswehrminister waren anwesend der bayerische Ministerpräsident, sämtliche Staatsminister, die kommandierenden Generale des 1., 2. und 3. Armeekorps, Vertreter sämtlicher bayerischer Militärbehörden, der Landeskommandant, Teile der Reichswehrtruppen, des Standorts München und Abordnungen aller Waffen der Reichswehrbrigaden 22, 23, und 24. Der Reichspräsident betonte in einer Ansprache, daß nach der Reichsverfassung ihm nunmehr der Oberbefehl über die gesamte deutsche Reichswehr zustehe. Er hoffe, daß auch die tüchtige bayerische Reichswehr die junge Republik in altbewährter Dienstpflicht schützen werde. Seine kurze Ansprache schloß mit einem Hoch auf das gemeinsame deutsche Vaterland. In kurzen Worten verabschiedete sich Militärminister Schneppenhorst von den Truppen. Wehrminister Noske begrüßte die Truppenverbände als neuer militärischer Vorgesetzter. Er versicherte, daß er Offizieren und Mannschaften allezeit in kameradschaftlichem Vertrauen Vorgesetzter sein werde. Im Namen der bayerischen Reichswehr dankte General Möhl. Beim Mittagessen erhob Ministerpräsident Hoffmann sein Glas auf ein treues Zusammenarbeiten Bayerns mit dem Reiche für alle Zeit. Ebert trank auf das Wohl Bayerns. Er führte aus, daß er selbst ein Süddeutscher sei und es als seine vornehmste Aufgabe betrachte, die süddeutsche Eigenart, soweit es nur immer die Reichsverfassung zulasse, zu wahren und zu fördern. Er gedachte der schweren Bedrängnisse der Pfälzer in diesem Augenblicke mit dem Wunsche, daß die Pfalz für immer ein unlösbarer Bestandteil Bayerns bleiben werde. Er konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die unablässigen Bemühungen der Reichsregierung für die baldigste Heimbeförderung unserer gefangenen Brüder nun endlich von Erfolg gekrönt seien. England entlasse seit einigen Tagen täglich zweitausend deutsche Kriegsgefangene in die deutsche Heimat. — Am Montag nachmittag verließen Ebert und Noske München wieder zu einem kurzen Ausflug in die bayerischen Berge. Im Anschluß hieran begeben sie sich nach Stuttgart. — Anderen Deutungen dieser Reise gegenüber sei festgestellt, daß die Reise lediglich den Charakter eines Antrittsbesuches trägt, wie ihn beide Herren auch Sachsen, Württemberg und Baden abstatten werden.

Die Haltung der Bergarbeiter.

* **Berlin.** Dr. Curt Pierkowski berichtet im „Berl. Tageblatt" über die in Essen geführten Verhandlungen über die Arbeitszeit im Bergbau. Er sagt u. a.: „Blickt man auf die vierzehntägigen Essener Verhandlungen als ein Ganzes zurück, so wird man sagen, daß sie auf beiden Seiten von dem Willen zur Verständigung und dem Geiste der Versöhnlichkeit getragen waren. Es trifft für die weitaus größte Mehrzahl der Bergarbeiter keineswegs zu, daß sie durch einen etwaigen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft den allgemeinen Ruin erzeugen wollen, um dann etwa im Trüben fischen zu können. Diese Vorstellung der Sabotage muß man auch in denjenigen Unternehmerkreisen, in denen sie gegenwärtig noch spukt, gründlich aufgeben." Ferner vertritt auch Pierkowski den Standpunkt, daß untrennbar von dem Problem der Kohlenförderung das Problem der Abrollung ist. Bemerkenswert ist folgende Stelle in dem Bericht: Während früher von seiten der Arbeiter fast ohne Ausnahme eine hohe Arbeitslosenunterstützung als eine ihrer Hauptforderungen bezeichnet wurde, waren die Vertreter der Bergarbeiterschaft sehr wenig günstig auf ihre industriellen Kollegen, die hohe Arbeitslosenunterstützung bezögen, statt sich für die zurzeit so dringend notwendige Kohlenförderung mit zur Verfügung zu stellen, zu sprechen.

Noch keine Ruhe in Oberschlesien.

* **Kattowitz.** Die Unruhen in Myslowitz und Umgebung dauern fort und hiermit die Angst der um ihr Leben zitternden Bewohner. In der nächsten Nähe der Stadt, an der bekannten Dreikaiserreichecke, spielen sich wilde Kampfszenen ab. Deutsche Panzerzüge treten in Tätigkeit und nehmen die Schlupfwinkel der Banden unter Feuer. Keineswegs darf daher von Ruhe in Oberschlesien gesprochen werden. Es werden vielmehr weiter alle möglichen Mittel versucht, um die aufrührerischen Elemente zu ermutigen.

„Mehr Arbeit, mehr Erzeugung."

)(**Amsterdam.** Laut „Telegraf" erklärte Hoover, der im Begriff ist, nach Amerika zurückzukehren, in einer Unterredung mit einem Berichterstatter der „Times", infolge der bevorstehenden Ernte sei die Lebensmittellage in Europa für einige Monate weniger ernst. Die Frage der Versorgung Europas mit Lebensmitteln, Steinkohlen und anderen Lebensbedürfnissen könne jedoch nur dadurch gelöst werden, daß wieder wie vor dem Kriege gearbeitet werde. Mehr Arbeit, mehr Erzeugung, das ist die große Frage der kommenden Jahre.

Rückführung deutscher Kriegsgefangener.

)(**Homburg** vor der Höhe. Nach Mitteilung des englischen Armeeoberkommandos wird die Rückführung der deutschen in englischen Häfen befindlichen Kriegsgefangenen voraussichtlich um den 30. August beginnen. Bei der Abnahmekommission Köln-Deutz würde etwa alle zwei Tage ein Bahntransport von 2000 Kriegsgefangenen eintreffen.

Großes Schieberkonsortium aufgedeckt.

* **Berlin.** Die Kriminalbehörden von Berlin und Spandau deckten ein großes Schieberkonsortium auf, das beträchtliche Mengen Heeresgut veruntreute und dem mehrere hervorragende Mitglieder des Spandauer Arbeiterrates angehören.

Die Budapester Kabinettsbildung.

* **Wien.** Gestern abend trat in Budapest eine Konferenz zusammen, an der alle Parteien, auch die Sozialdemokraten teilnahmen. Es wurde eine Liste zusammengestellt; der frühere Handelsminister Heinrich übernimmt danach das Präsidium. Minister des Innern soll Perenyi werden. Peidl erhält das Ministerium für Volkswohlfahrt. Die Liste wurde abends den Ententevertretern unterbreitet. Sie ist eine Art Kompromiß zu einem Koalitionsministerium. Die Sozialdemokraten fordern für ihren Beitritt zu den beiden Ministerstellen noch vier Staatssekretärposten und weiter, daß die Wahlen nicht vom Minister des Innern, sondern von einem Kollegium geleitet werden, in dem der Minister des Innern, ein Sozialdemokrat und ein bürgerliches Mitglied des Kabinetts vertreten sind. Schließlich wünschen sie noch, daß keine weiteren politischen Verhaftungen stattfinden und daß sie eine nachdrückliche Kontrollmöglichkeit bei dem Erlaß von Haftbefehlen gegen die Anhänger des früheren Regimes haben.

Der Flug über die Sahara.

)(**Paris.** (Havas.) Ein Telegramm an das Marineministerium in Paris teilt mit, daß das Riesenflugzeug „Goliath", das bekanntlich einen Flug über die Sahara unternommen hatte, und bereits eine volle Woche vermißt wurde, zwanzig Meilen nördlich von St. Louis an der Küste aufgefunden wurde. Nach einer weiteren Meldung ist der „Goliath" am Negerdorf Kayor zwischen St. Louis und Danor niedergegangen. — Nach einer späteren Meldung der Havasagentur mußte das Flugzeug „Goliath" infolge Propellerbruches nördlich Dakar notlanden.

Skandinavien und die Leipziger Messe.

)(**Kopenhagen.** Die Handelskreise in den skandinavischen Ländern bringen der diesjährigen Leipziger Herbstmesse ein ungewöhnlich hohes Interesse entgegen. Bei dem ehrenamtlichen Vertreter der Leipziger Messe in Kopenhagen, Großkaufmann F. Gloede, haben sich bereits über 350 dänische Kaufleute zum Besuch der Messe angemeldet. Dazu kommt noch eine bedeutende Anzahl von Besuchern aus Schweden und Norwegen. Man kann schon jetzt sagen, daß die Zahl der Besucher der Leipziger Herbstmesse die Zahl der Besucher der Frühjahrsmesse, die bereits einen Rekord darstellte, ganz erheblich übersteigen wird.

Festnahme englischer Meuterer.

)(**Rotterdam.** „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß die 200 britischen Soldaten, die den Gehorsam verweigert hatten, von drei Kompanien des aus Portsmouth herbeigeholten Sussex-Regiments in den Parks, wo sie übernachteten, umzingelt und nach einer Stunde Bedenkzeit ohne Widerstand zu leisten, verhaftet wurden.